

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktages. Abonnementspreis mit illustrierter Beilage „Wolk und Zeit“ frei Haus halbmönatlich 1.10 Reichsmark, durch die Post bezogen pro Monat 2.16 Reichsmark einschließlich Bestellgebühr Einzelnummer 15 Reichspfennig

Anzeigenpreise für die neuangelegte Wollmeterzelle 10 Reichspfennig, bei Versammlungen, Vereinen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 8 Reichspfennig. Reklamen die breit geschnittene Millimeterzelle 50 Reichspfennig. Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46 Fernsprecher: 25 351, 25 352, 25 353

Lübecker



Volksbote

Tageszeitung für

das arbeitende Volk

Nummer 141

Freitag, 20. Juni 1930

37. Jahrgang

Moldenhauer erledigt!

Genickfang durch die Schwerindustrie

Moldenhauers Rücktritt steht jetzt fest. Der Finanzminister des Kabinetts Brüning geht endgültig. Er muß gehen, weil seine eigene Partei ihn als Finanzminister nicht länger ertragen will und die Mehrheit der volksparteilichen Reichstagsfraktion entschlossen sein soll, Moldenhauer auszuschließen, wenn er es wagen sollte, gegen ihren Willen weiter Finanzminister zu bleiben. Amtlich wird der Rücktritt Moldenhauers und die Annahme der Demission durch den Reichspräsidenten voraussichtlich erst in einigen Tagen bekanntgegeben werden.

Berlin, 19. Juni

Der Reichskanzler hat sich am Donnerstag im Verlauf einer Unterredung mit dem Führer der Volkspartei Dr. Schulz davon überzeugen lassen, daß sein Finanzminister nicht mehr zu halten ist und das Verbleiben Moldenhauers im Kabinett gleichbedeutend sein würde mit dem Abmarsch der volksparteilichen Krisenmacher in die Opposition. Angesichts dieser Situation hat sich Brüning entschlossen, von weiteren Einwirkungen auf Moldenhauer abzusehen und von dem anfänglich beabsichtigten Vorschlag an den Reichspräsidenten, in den Rücktritt des Finanzministers nicht einzuwilligen, Abstand zu nehmen. Er mußte sozusagen zwangsweise auf seine Pläne verzichten, weil das Verbleiben Moldenhauers wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen zum Rücktritt des Gesamtkabinetts geführt haben würde. Um den eigenen Mann im Finanzministerium los zu werden, war der industrielle Flügel der Volkspartei entschlossen, auch der Regierung Brüning einen Dolchstoß zu versetzen. Dem ist Brüning ausgewichen, indem er endgültig auf Moldenhauer verzichtete und sich auf die Suche nach einem neuen Finanzminister begab. Man kann es verstehen, wenn im Zentrum und bei den Demokraten über die Volkspartei äußerste Verbitterung herrscht. Man versteht es umso mehr, als sie dieser Volkspartei erst bei der letzten Regierungskrise endlose Handlangerdienste gegen die Sozialdemokratie geleistet haben und ihnen jetzt der Dank in Form neuer Fußstapfen und in Form eines Ultimatus zuteil wird. Und man versteht erst recht, daß

Brüning übernimmt das Finanzministerium

W.B. Berlin, 20. Juni

Reichspräsident von Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Dr. Moldenhauer auf seinen Antrag aus dem Amte des Reichsministers der Finanzen entlassen und den Reichskanzler Dr. Brüning bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Finanzen beauftragt. Dem scheidenden Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat der Herr Reichspräsident in einem persönlichen Schreiben seinen Dank für die als Reichswirtschaftsminister sowie als Reichsminister der Finanzen dem Reich geleisteten Dienste in herzlichen Worten ausgesprochen.

Brüning heute bedauert, zum Scheitern der Großen Koalition im letzten Stadium seine Hand geboten zu haben.

Im übrigen verweisen wir auf den Artikel des Gen. Breitscheid, der die gestern von uns vertretene Auffassung vollkommen bestätigt.

Noch nie lag der Kern einer Regierungskrise so klar zu Tage:

Die Schwerindustrie geht zum Generalangriff auf die Republik vor. Ueber die Leiche ihres eigenen Finanzministers.

Schon wieder ein Zwischenfall an der polnischen Grenze

Deutscher Zollbeamter erschoss Polen

Königsberg, 20. Juni (Radio)

An der ostpreussischen Grenze hat sich in der Nähe von Proßten ein blutiger Grenzzwischenfall ereignet, der einem polnischen Zollbeamten das Leben kostete. Die vorläufigen amtlichen Feststellungen darüber sollen ergeben haben, daß ein deutscher Zollbeamter, der sich im Dienstanzug auf einem Kontrollgang befand, im Walde von einem Zivilisten beschossen wurde. Der deutsche Beamte griff daraufhin ebenfalls zur Waffe und tötete den Angreifer, der sich als polnischer Zollbeamter in Zivilkleidung herausstellte. Der Beamte soll unbedeutendsterweise die deutsche Grenze überschritten haben.

Die amtliche Untersuchung des Vorfalles ist noch nicht abgeschlossen, so daß zurzeit eine Stellungnahme zu dem bedauerlichen Tatbestand noch nicht möglich ist. Von privater Seite wird mitgeteilt, daß der deutsche Zollassistent zwei Schüsse abgab, von denen der eine den Polen in den Kopf und der andere in den Unterleib traf. Der deutsche Beamte stellte sich nach dem Vorfall sofort der Staatsanwaltschaft in Lyck.

Es war kein Spion!

W.B. Hienstein, 20. Juni

Zu dem deutsch-polnischen Grenzzwischenfall wird uns noch ergänzend gemeldet: Im ersten Augenblick vermutete man, daß der Erschossene zum Zwecke der Spionage über die Grenze gekommen war. Diese Vermutung mußte aber fallen gelassen werden, da der polnische Beamte gänzlich ohne Waffentragung war. Weitere Feststellungen ergaben, daß er in Proßten eine Braut hatte, die er besuchen wollte und hierbei den Weg über die

Grenze benutzte. Heute vormittag wird in Vereinbarung mit den polnischen Polizeibehörden ein Lokaltermin abgehalten werden.

Fuad spielt wieder mal Diktator

Kairo, 20. Juni (Radio)

Der König hat nachträglich das Rücktrittsgesuch der Regierung doch noch angenommen und Ismail Pascha mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Da die Wafdisten ihre Mitwirkung in der neuen Regierung abgelehnt haben, wird Ismail Pascha versuchen, ein Kabinett mit Unterstützung der nicht im Parlament vertretenen Parteien zu bilden. Das Ziel des Königs ist offensichtlich, die neue Regierung vor das Parlament treten zu lassen und die Kammer sofort aufzulösen, falls die wafdistische Mehrheit den Sturz der außerparlamentarischen Regierung herbeiführen sollte. Dieser Plan wäre gleichbedeutend mit der Wiederholung des Diktaturversuchs vom vergangenen Jahre. Angesichts der Situation zeigt sich in allen Parteilagern eine außerordentlich starke Erregung. Die Behörden befürchten sogar Unruhen und treffen bereits umfangreiche Maßregeln zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Die Armee hat den Befehl erhalten, in Bereitschaft zu stehen und im Notfalle die Polizei mit der Waffe zu unterstützen.

Reichsbankdiskont 4 Prozent

W.B. Berlin, 20. Juni

Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 21. Juni 1930 den Wechseldiskont noch um $\frac{1}{2}$ Prozent auf 4 Prozent und den Lombardzinsfuß um $\frac{1}{2}$ Prozent auf 5 Prozent herabgesetzt.

Politik oder Verbrechen?

Von

Rudolf Breitscheid

In Dresden lud bis vor wenigen Tagen ein Riesenplakat zum Besuch einer volksparteilichen Wählerversammlung ein, in der der Finanzminister Moldenhauer über „die Sanierung der Reichsfinanzen“ sprechen sollte. Dieses Plakat ist überlebt worden. Als Referent wird jetzt der Reichstagsabgeordnete Brüninghaus und als Thema „Unser Kampf gegen das Notopfer“ angekündigt. Ein amüsanter, aber sehr bezeichnendes Symptom für die Zustände, die in der Deutschen Volkspartei herrschen. Herr Moldenhauer darf nicht mehr reden, weil er bei seinen Freunden unten durch die Sanierung der Reichsfinanzen mit Hilfe des Notopfers ist der Kampf gegen dieses Notopfer geworden.

Nun hat das Gesamtkabinett das Rücktrittsgesuch des Finanzministers abgelehnt. Aber niemand weiß einsteilen, welches der Erfolg seines Votums sein wird. Offenbar soll der Reichspräsident in Bewegung gesetzt werden, um Herrn Moldenhauer zum Bleiben zu nötigen. Doch auf der anderen Seite steht die Volkspartei, die in ihrer Mehrheit ihn nicht zu halten wünscht und die sich gegen das Finanzprogramm ausgesprochen hat, für das Moldenhauer die Verantwortung trägt.

Wie will man aus derartigen Schwierigkeiten herauskommen? Zweifellos wird der Versuch mit neuen Kompromißverhandlungen gemacht werden, und in den Kreisen der Regierung rechnet man damit, daß die Volkspartei weicher sein werde, wenn die sächsischen Landtagswahlen vorüber sind. Sei es, weil sie es dann nicht mehr nötig hat, den agitatorischen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen, sei es, weil sich unter dem Eindruck einer Niederlage ihre Bedenken gegen eine Auflösung des Reichstages verstärken werden. Und diese Bedenken sind ja an und für sich bei allen bürgerlichen Parteien und wahrhaftig nicht zuletzt bei der Deutschen Volkspartei schon groß genug. Wahlen im Zeichen der Finanzroute und mit der Parole „Für oder wider das Notopfer“ scheinen ihnen mit Recht sehr wenig aussichtsreich zu sein und man kann verstehen, wenn ihre Presse nicht müde wird, ihre warnende Stimme zu erheben und auf die der Sozialdemokratie günstigen Zeichen hinweisen.

Aber sehr zweifelhaft ist es doch, ob diese Spekulation auf die Angst der bürgerlichen Parteien und namentlich der Volkspartei nicht fehlerhaft. Wir müssen die Hintergründe der Attacke gegen den Notopfergedanken in dem Freundeskreis des Herrn Schulz zu erkennen suchen. Wie von der Sozialdemokratie immer hervorgehoben wurde, ist die Sorge um das Schicksal der Arbeitslosen nicht das eigentliche Motiv. Man benutzt sie nur, um die Wahlen und letzten Wahlen zu verbergen. Mit dem Hervortreten sozialpolitischer Erwägungen soll den Anhängern im Lande Sand in die Augen gestreut werden, damit sie nicht zu sehen vermögen, welche in hohem Maße unsoziale Rücksichten bei den Treibern hinter den Kulissen ausschlaggebend sind.

Eine sehr klare Bestätigung unserer Auffassung findet sich in einem Berliner Bericht der „Kölnischen Zeitung“.

Wir geben den betreffenden Passus wörtlich wieder: „Die Gegensätze zwischen der Fraktion und Moldenhauer haben sich jedoch wieder verschärft, da die Fraktion mehr und mehr unter die Führung der Industrievertreter geriet, die die Moldenhauerischen Vorschläge grundsätzlich ablehnen, da sie eine Sanierung der Finanzen von der Steuerseite her als hoffnungslos ansehen und statt dessen eine Entlastung der Wirtschaft durch Abbau von Löhnen und Gehältern durchführen wollen. Bei ihnen hat sich der Gedanke durchgesetzt, daß dieser Abbau auch auf gesetzlichem Wege durchgeführt werden könne und müsse, indem der Reichstag ein Gesetz beschließen sollte, das langfristige Tarifverträge aufhebt. Als Moldenhauer es ablehnte, sich auf diesen Weg zu begeben, verschärfen sich die Gegensätze noch weiter und schließlich ließ die Gruppe der Industriellen dem Finanzminister die Aufforderung zu seinem Rücktritt zugehen. Daraufhin bestränkte sich bei ihm die Ansicht, daß seine Fraktion schließlich einen Beschluß fassen werde, der von ihm seinen Rücktritt fordern werde.“

Die Darstellung der „Kölnischen Zeitung“ kann noch nach zwei Richtungen ergänzt werden. Einmal ist festzustellen, daß die Kampagne, von der sie spricht, in der Hauptsache geführt wird von dem Abgeordneten Schmidt, der immer noch als Staatssekretär im Ministerium der besetzten Gebiete sitzt. Er findet seine Unterstützung bei seinem Kollegen Hueck und den übrigen industriell interessierten Mitgliedern der Fraktion. Über was wichtiger ist: es geht diesen Herren nicht nur um die Aufhebung der langfristigen Tarifverträge, sondern auch um die Abschaffung der Schlichtungsordnung und den weiteren Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Es geht ihnen, ganz allgemein gesagt, um den Kampf gegen die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit.

Für sie steht nicht etwa der Gedanke der Beseitigung des Finanzelends in erster Linie. Sie wünschen auch gar nicht, die Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung oder durch Preisentzug einzuschränken. Im Gegenteil: die Not des Reiches und die Not der Erwerbslosen sind ihnen vollkommenere Helferinnen für die Verwirklichung ihrer Pläne.

Großkraftwerk Europa?

Cewaltige Pläne der Privatindustrie / Und die Staaten streiten sich um Länderfetzen

Auf der in Berlin tagenden Weltkraftkonferenz hielt gestern der Generaldirektor Dr. Oliven vom Gesürel-Loewe-Konzern einen mit Spannung erwarteten Vortrag, in dem Oliven die Notwendigkeit eines europäischen Großkraftnetzes auseinandersetzte. Für den Plan eines europäischen Großkraftnetzes sprechen die Verschiedenheiten der Energieproduktion in den einzelnen Ländern und der Zwang, zu einer Verbundwirtschaft größten Umfanges zu kommen.

Der Energieaustausch über die Landesgrenzen hinweg bringe, wie Dr. Oliven ausführte, bei richtigem Netzausbau den erwünschten Ausgleich z. B. zwischen den Wasserkraft-

Hier komme ein Zeitunterschied in Frage, der, wenn man vom östlichsten Punkt eines europäischen Großnetzes ausgeht (also dem russischen Donezgebiet) in Wien 1 1/2 Stunden, in Zürich zwei Stunden, in Barcelona 2 1/2 Stunden und in Lissabon bereits drei Stunden beträgt. Man könne beispielsweise die Konsumspitzen Berlins vom Westen und vom Osten her abfangen. Im Osten seien die Konsumspitzen bereits überschritten, wenn Berlin vermehrter Energie bedürfe. Die Konsumspitzen im Westen hätten dagegen ihre Höhepunkt noch nicht erreicht, so daß der Energieüberschuß für den vermehrten Berliner Bedarf zur Verfügung stünde. Voraussetzung für eine solche Regelung sei die Schaffung großer durchgehender Ost-West-Linien.

Wenn alle Deckungsvorschläge unmöglich gemacht werden, wenn das Proletariat durch die andauernde Arbeitslosigkeit müde gemacht ist, dann wird, so hoffen sie, der ihnen günstige Moment gekommen sein. Daß sie ihre Projekte auf dem geordneten gesetzgeberischen Wege durchführen können, bilden sie sich selbst nicht ein. Sie wollen die Voraussetzungen schaffen für die Anwendung des Art. 48, oder vielleicht auch für andere diktatorische Maßnahmen. Weit von dem Willen entfernt, der Wirtschaftskrise ein Ende zu bereiten, beabsichtigen sie, sie zu vertiefen und zu verschärfen. Jedes Mittel ist den Katastrophopolitikern recht, und wenn sich neuerdings die Anzeichen dafür mehren, daß die nationalsozialistische Bewegung gerade aus den Kreisen der rheinisch-westfälischen Industrie finanzielle Zuwendungen erhält, so würde auch diese Unterstützung einer Partei der Unruhe und des Aufruhrs nur allzugut in den Rahmen des Gesamtbildes passen.

Sier also haben wir wieder einmal die Krisenmacher in der Kultur. Sie wird von denselben Leuten getrieben, die für alle politischen Krisen der letzten Jahre die Verantwortung tragen und die in allen Fällen mächtig genug gewesen sind, das kleine Häuflein halbwegs vernünftiger Politiker in der Deutschen Volkspartei niederzuknüppeln. Nur das es diesmal nicht allein um eine Kabinettkrise geht. Sie ist von untergeordneter Bedeutung gegenüber der sozialen und Staatstriebe, die sich diese Vorkämpfer der großindustriellen Bourgeoisie bewußt zum Ziel setzen. Daß die besonnenen Elemente in der Deutschen Volkspartei stark genug sein würden, um einem solchen verbrecherischen Tun wirksam entgegenzutreten, ist nach allen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit sehr wenig wahrscheinlich. Aber binnen kürzester Zeit werden die anderen Gruppen der gegenwärtigen Koalition vor der ernststen Schicksalsfrage stehen, ob sie mit einer Partei, die unter dem Druck ihres industriellen Flügels in so frivolster Weise mit dem deutschen Volk und namentlich mit der deutschen Arbeiterklasse zu spielen gewillt ist, länger eine Regierung bilden wollen.

Freispruch in der Kieler Dunkellammer

WIS, Kiel, 20. Juni

Nach achtstündiger Verhandlung wurde heute vormittag im Kieler Munitionsprozess das Urteil verkündet. Die große Strafkammer wies die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts auf Kosten der Staatskasse zurück. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde wegen Gefährdung der Staatsicherheit des Landes bei Verurteilung des Urteils die Öffentlichkeit wiederum in vollem Maße ausgeschlossen.

Ganz wie bei uns

Die verschwundenen Milliarden

hat das Militär geschluckt

Paris, 19. Juni (Radio)

Der Initiativantrag der sozialistischen Partei, der eine öffentliche Debatte in der Kammer über die Verwendung der Sparmilliarden des Schatzamtes herbeiführen will, hat den Ministerpräsidenten Lardieu bereits zum Rückzug genötigt. Lardieu wird zwar heute, wenn der Antrag zur Abstimmung kommt, die Vertrauensfrage dagegen stellen, aber er hat sich doch bereit erklärt, wenigstens vor der Finanzkommission persönliche Aufklärungen zu geben. Dieser Entschluß ist um so bemerkenswerter, als Lardieu noch vor zwei Tagen es verächtlich ablehnte, überhaupt vor der Kommission zu erscheinen. Die nationalsozialistische Presse erklärt heute im übrigen, daß die fehlenden Milliarden des Schatzamtes für die Bedürfnisse der Landesverteidigung ohne Wissen und ohne Kontrolle des Parlamentes verausgabt worden sind, teils um die Festungsbauten zu beschleunigen, teils um die Munition und Materialbestände von Meer, Marine und Luftflotte zu verstärken.

Eine europäische Schande:

Gefängnisfolterungen

in Belgrad

Die deutsche Schriftstellerin Isolda Reiter erhebt Anklage gegen die bestialischen Folterungen durch serbische Polizisten

Belgrad, 18. Juni

Die deutsche Schriftstellerin Isolda Reiter aus Groß-Beseredel, die aus der Haft des Belgrader Gefängnisses entlassen worden ist, hat gegen mehrere Polizeioffiziere und Polizeianten beim Ministerpräsidenten Zivkowitz Strafanzeige erstattet, daß sie während der Zeit ihrer Inhaftierung schweren Mißhandlungen ausgesetzt war. Man wollte ihr bei der Polizei das Geständnis erpressen, daß sie im Auftrage des ehemaligen deutschen Abgeordneten Wilhelm Renner gehandelt habe.

In der Anzeige wird angeführt, daß sie auf Befehl des Polizeianten Krafjow an Händen und Füßen gefesselt wurde, worauf sie der Detektiv zu Boden warf und ihre Arme über die Knie zog. Unter den Knien über den Armen steckte er einen eisernen Stab durch, so daß sie sich nicht mehr bewegen konnte. Im Beisein des Polizeianten Srtjickow bearbeitete er jedoch ihre entblößten Füße mit einem spanischen Rohr. Diese Tortur dauerte am 15. Mai von 9 Uhr abends mit einigen Unterbrechungen bis Mitternacht. Da sie furchtbar weinte und schrie, so daß sie im ganzen Hause gehört wurde, stopfte man ihr einen Knebel in den Mund und wickelte ihren Kopf in eine dicke Decke. Als sie am Mitternacht von ihren Fesseln befreit wurde, blüdete sie heftig und konnte weder gehen noch stehen. Man mußte sie in ihre Bettstange und ärztliche Hilfe anfordern lassen. Infolge der furchtbaren Qualen bejahte sie alle Fragen der Polizei und belaferte auch Dr. Renner, wobei ihr der Polizeianten Mafjanowitsch Wort für Wort die Beschuldigungen eingepreßt hatte. Als man sie aus der polizeilichen Haft nach vier Wochen entließ, zwang sie Mafjanowitsch unter Bedro-

hung, daß er sich furchtbar rächen werde, zur Unterschrift eines Protokolls, in dem sie bestätigte, daß sie nicht mißhandelt worden sei. — Wie Isolda Reiter weiter erklärt, habe der Redaktionsbeamte Arje einen Selbstmordversuch begangen. Sein Geist sei seitdem fast völlig unruhig. In einem leichten Moment hätte auch er vor Zeugen erklärt, wie er von dem Polizeianten Santowitsch schwer mißhandelt wurde.

*

Als im Matschek-Prozess die Öffentlichkeit zum ersten Male von den entsetzlichen Folterungen erfuhr, die in den jugoslawischen Gefängnissen an politischen Gefangenen verübt wurden; da wurde die Empörung durch die Erwägung gedämpft, daß die Leidenschaften im politischen Kampf vielleicht einzelne Polizeioorgane zu unverzeihlichen sadistischen Ausschreitungen veranlaßt habe. Durch den Vorkrieg der deutschen Schriftstellerin wird aber die schändliche Leugnung dieser mittelalterlichen Justiz erneut in einer Weise bekräftigt, die keinen Zweifel daran aufkommen läßt, daß wir es hier mit einem Rückfall in den asiatischen Barbarismus zu tun haben, gegen den der schärfste Protest eingelegt werden muß. Es muß Jugoslawien klar gemacht werden, daß es kein Recht darauf hat, zur europäischen Völkergemeinschaft zu gehören, wenn es derartig skandalöse Vorgänge in seinen Gefängnissen duldet. Darüber hinaus nehmen wir an, daß dieser Vorfall Anlaß zu diplomatischen Vorstellungen gibt, da es völkerrechtlich nicht zulässig ist, eine Ausländerin als sadistisches Lustobjekt zu benutzen. Der Fall wäre wert, daß sich die Liga für Menschenrechte damit befaßte. Denn hier handelt es sich wirklich um einen europäischen Schandfleck, der schnell und gründlich gesilbt werden muß.



Amerikanischer Konflikt bei der Weltkraftkonferenz — Botschafter greift heimische Industrie an

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Sackett (links), hat anlässlich der in Berlin tagenden Weltkraftkonferenz eine aufsehenerregende Rede gehalten, in der er die übermäßigen hohen Verkaufspreise der amerikanischen Elektro-Industrie scharf geißelte. Da die inhaltlich festgelegte Rede schon vorher zur Kenntnis der amerikanischen Konferenzteilnehmer kam, intervenierte der mächtigste Mann der amerikanischen Elektro-Wirtschaft, der Chicagoer Großindustrielle Samuel Sull (rechts), persönlich bei Botschafter Sackett, ohne indeß eine Aenderung der Rede zu erreichen. — In Amerika wird dieser Konflikt als politische Sensation ersten Ranges betrachtet.

werken der Hochalpen, die infolge der Schneeschmelze ihre Höchstleistung im Frühling erreichen, und den Werken an der adriatischen Küste, die wegen des winterlichen Regenfalls im Winter ihre größte Leistungsfähigkeit erzielen. Man werde so

die natürliche Wasserspeicherung, die durch die klimatischen und atmosphärischen Verhältnisse Europas gegeben ist, ausnutzen

können und in die Lage versetzt, bei verringertem Anlage- und Ausbaupital die Kraftwerke besser auszunutzen. Ferner wäre es möglich, weitere Kraftquellen Europas durch ein Großkraftwerk zu erschließen, was bis jetzt der mangelnden Wirtschaftlichkeit wegen unterblieben ist. Mit Hilfe eines europäischen Großkraftnetzes ergebe sich u. a. die Möglichkeit, das galizische und rumänische Oel, ja selbst die südrussische Kohle in die europäische Energieversorgung einzubeziehen. Mit einem europäischen Hochspannungsnetz könne man auch die Spitzen des Stromkonsums, die heute unsere Kraftwerke so sehr belasten, abflachen und zwar

durch Ausnutzung der astronomischen Zeitverschiedenheiten im Westen und im Osten.

fung großer durchgehender Ost-West-Linien. Durch Nord-Süd-Linien ließe sich ebenfalls ein Ausgleich erzielen, der zwar für die täglichen Konsumspitzen weniger wichtig sei, wohl aber für den Ausgleich während eines Jahres Bedeutung habe.

Der Plan Dr. Olivens sieht drei Nord-Süd-Linien vor. Die eine geht von Norwegen über Mitteldeutschland nach Rom, die andere von Calais nach Barcelona und Lissabon und die dritte von Warschau nach Jugoslawien. Die im Olivenschen Plan vorgesehenen Ost-West-Linien gehen von Warschau nach Paris und finden Anschluß an die Lissaboner Linie bzw. sollen sich das südrussische Kohlengebiet über Bukarest und die Alpen mit Südostfrankreich (Lyon) verbinden. Die Kosten dieses gewaltigen Projekts schätzt Dr. Oliven auf zwei Milliarden Mark. Der Transport der elektrischen Energie im Europanetz würde bei 5000 Benutzungsstunden etwa 1,1 Pfennig je Kilowattstunde kosten.

Der Plan Olivens ist

keine Phantasterei;

er enthält natürlich, wie jedes technische Großprojekt, reichlich viel Zukunftsmusik und wird bis zur restlosen Verwirklichung seine Zeit brauchen. Selbstverständlich kommt eine Realisierung dieses Großprojektes nur in Etappen in Frage. Die Probleme des zwischenstaatlichen Energieaustausches sind aber angeschnitten worden und auch Deutschland wird schon in nächster Zeit vor schwerwiegende elektropolitische Entscheidungen gestellt werden. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß Dr. Oliven, der Propagandist eines europäischen Großkraftnetzes,

einer der führenden Privatkapitalisten auf elektropolitischem Gebiet, und ein erklärter Gegner jeder Betätigung der öffentlichen Hand in der Elektrowirtschaft ist.

Die Energieproduktion und die Finanzierung von Großkraftunternehmen war schon in der Vorkriegszeit Tummelplatz internationaler Geldleute. Zu ihnen gehört Dr. Oliven und es ist begreiflich, wenn Dr. Oliven mit dem Projekt eines europäischen Großkraftnetzes den Plan verbindet, die öffentliche Hand aus der europäischen Elektropolitik auszuschalten. So sehr wir die elektropolitische Vereinheitlichung des europäischen Kontinents begrüßen, die die Wirtschaften stärker aufeinander verweist und, wie der Ausbau der Eisenbahn, die Länder voneinander abhängig macht, so sehr müssen wir darauf bestehen, daß die elektropolitische Vereinheitlichung Europas Sache der öffentlichen Hand sein muß.

Severing in Zürich

Kommunistisches Gesindel will ihn niederdrücken

Zürich, 20. Juni (Radio)

Das Züricher Volkshaus, in dem der frühere Reichsminister Severing am Donnerstagabend als Gast der Züricher Sozialdemokratie über das Problem Koalitionspolitik im Reich und in Preußen sprechen sollte, war schon lange vor dem angekündigten Beginn der Versammlung von Kommunisten förmlich umlagert. Die Moskowiter johlten und gröhnten wie verrückt, stießen Schmährufe gegen die schweizer und deutsche Sozialdemokratie aus und bedachten schließlich auch Severing mit den gemeinsten Ausdrücken. Als die außerordentlich langmütige Polizei endlich gegen das Gesindel vorging, kam es zu einer regelrechten Auseinandersetzung, die auf beiden Seiten Verletzte forderte. Der Tumult war so groß, daß Severing zunächst nicht zu Worte kam.

Als die Polizei den kommunistischen Maulhelden das Maul gebührend gestopft hatte, konnte Severing seinen Vortrag halten. Er erklärte: Wer die Sozialdemokratische Partei der Mitarbeit dauernd entziehe, schaffe die Gefahr, daß den Reaktionen gelinge, was ihnen 1921 und 1923 mißlungen sei. Die Sozialdemokratie dränge sich nicht zur Regierung, aber sie sei so groß, daß sie sich den Luxus der Opposition auf die Dauer nicht gestatten könne. Die Ausführungen Severings fanden bei der stark besuchten Versammlung lebhaften Beifall.

Nach getaner Arbeit

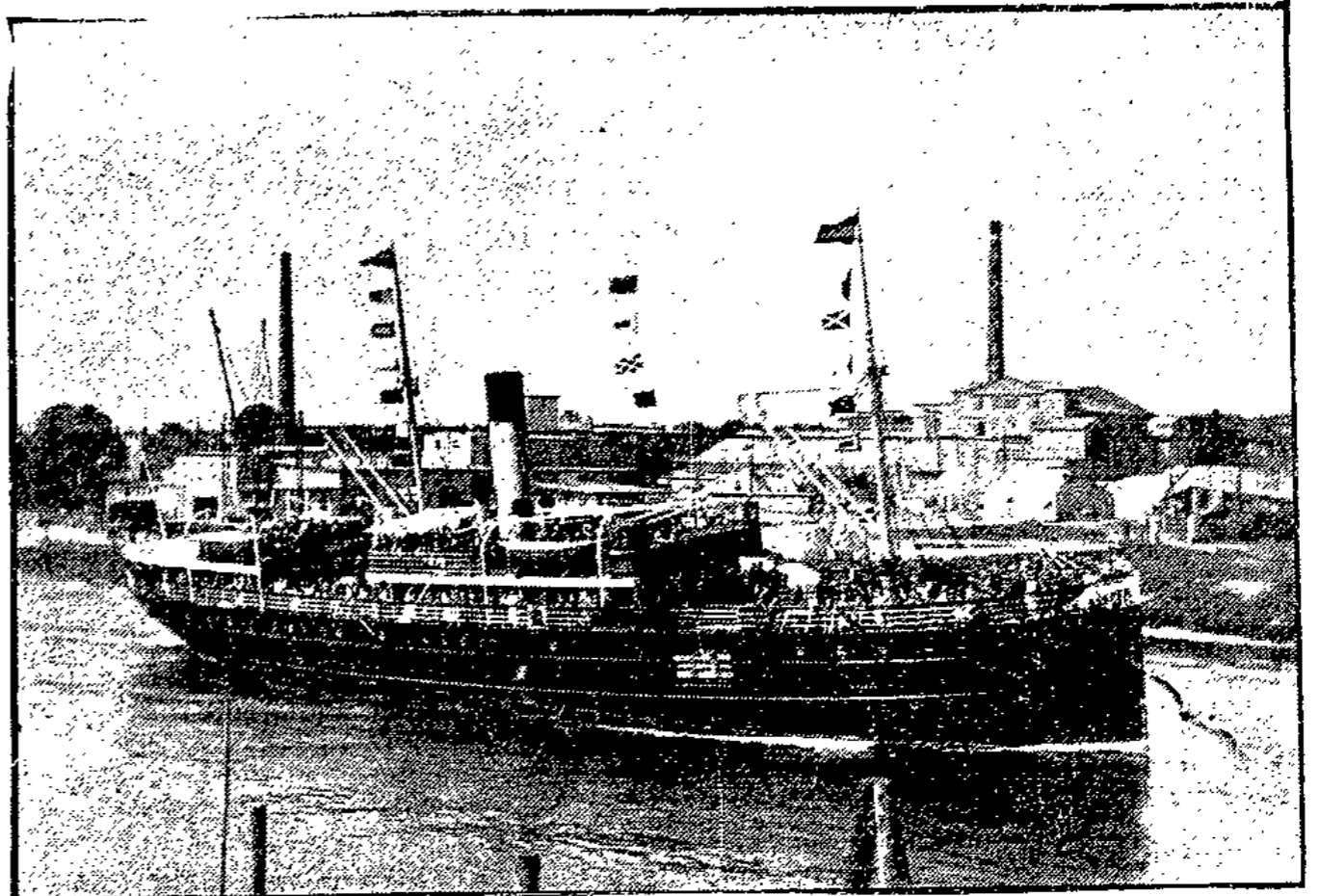
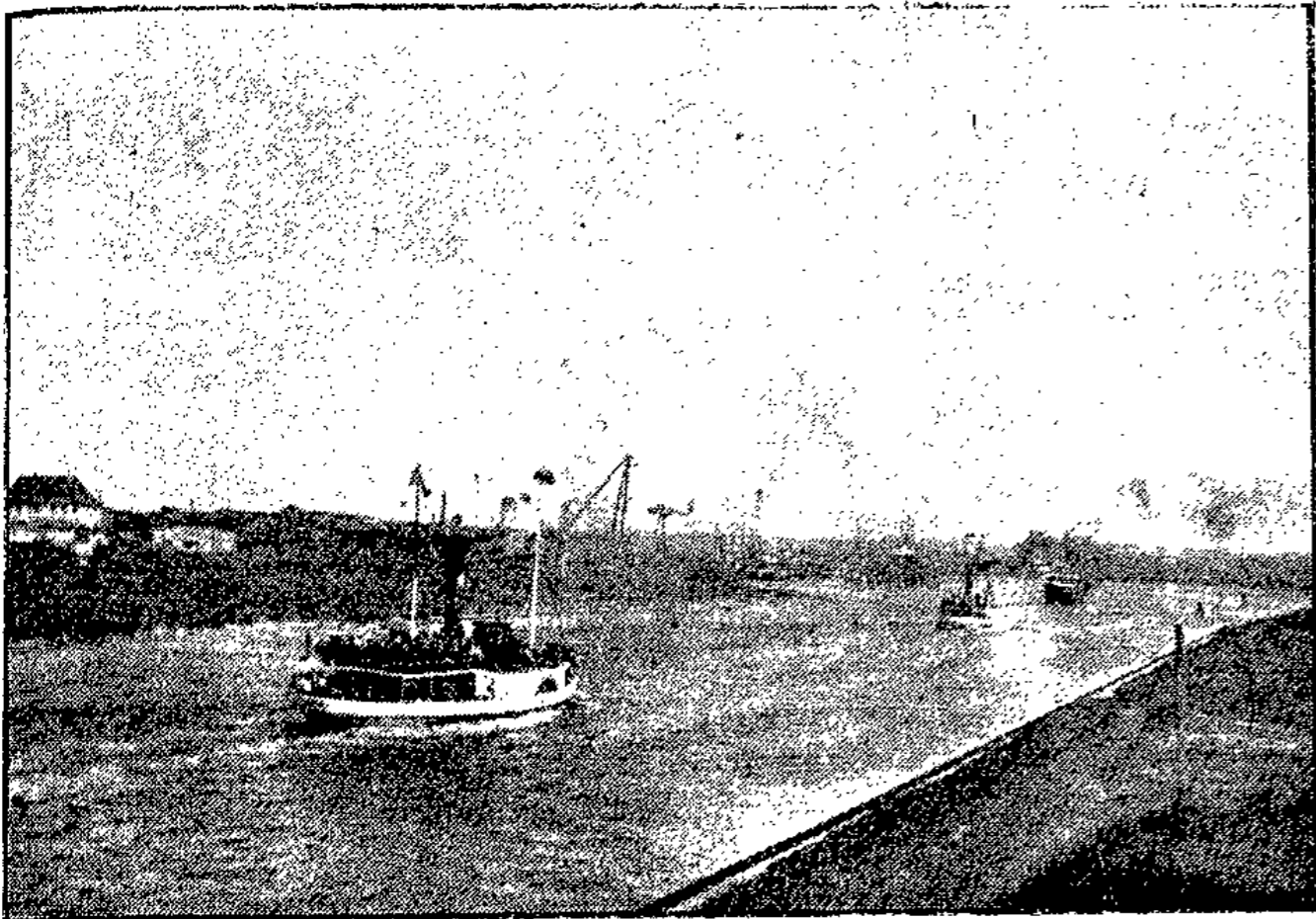


Photo: Lübecker Volksbote.

Die Genossenschaftsdelegierten mit den Dampfern Udam, Eba und Swanen auf der Fahrt nach Travemünde

Steuerhinterziehungen in Lübeck 1929/30 Übersicht des Reichsministers der Finanzen / Steuerstrafen

Fast 1 1/2 Millionen Steuern hinterzogen

Der Reichsminister der Finanzen hat dem Reichstag neben eine Darstellung der während des Rechnungsjahres 1929/30 im Reich vorgenommenen Buch- und Betriebsprüfungen und ihrer Ergebnisse überreicht. Auch sie zeigt erneut, daß die ungleich höhere steuerliche Belastung der Nachkriegszeit die Steuermoral ins Wanken gebracht hat. Dem Buch- und Betriebsprüfungsdienst, der sowohl beim Reichsfinanzministerium als auch bei den Landesfinanzämtern und bei den Finanzämtern eingerichtet ist, obliegt die Vornahme der ordentlichen Buch- und Betriebsprüfungen, d. h. die mindestens alle drei Jahre vorzunehmende Prüfung der Großbetriebe und der außerordentlichen Buch- und Betriebsprüfungen, die aus besonderem Anlasse notwendig werdenden Teilprüfungen bei Großbetrieben sowie die Prüfungen der Mittel- und Kleinbetriebe. Es muß vorausgeschickt werden, daß die Differenzen zwischen dem versteuerten Betrag und den Ergebnissen der Betriebs- und Buchprüfungen zum Teil auch auf verschiedenartige Beurteilung zurückzuführen sind. Zum großen Teil handelt es sich natürlich um Fälle von Steuerhinterziehungen.

Im Landesfinanzamtsbezirk Mecklenburg-Lübeck, zu dem auch Lübeck gehört, beläuft sich die Zahl der Fälle von Steuerhinterziehungen im Rechnungsjahr 1929/30 auf 1144. Im ganzen Reich auf 58 000. Die meisten Steuerhinterziehungen wurden im Landesfinanzamtsbezirk Berlin verzeichnet: 7852. Die wenigsten im Landesfinanzamtsbezirk Unterweser: 401.

Im Landesfinanzamtsbezirk Mecklenburg-Lübeck beläuft sich der Betrag der festgesetzten Mehrsteuern bei der Einkommensteuer (hinterzogene Steuerbeträge) auf 573 339 RM., die Summe der Geldstrafen auf 24 150 RM.

Bei der Körperschaftsteuer wurden im Landesfinanzamtsbezirk M.-L. 176 669 RM. hinterzogen und 200 RM. Geldstrafen verhängt.

Bei der Umsatzsteuer betragen die festgesetzten Mehrsteuern im Landesfinanzamtsbezirk M.-L. 133 337 RM. und die Geldstrafen 3535 RM.

Bei der Vermögensteuer wurden im Landesfinanzamtsbezirk M.-L. 38 240 RM. Mehrsteuern und 150 RM. Geldstrafen festgesetzt. 165 025 RM. Mehrsteuern und 6000 RM. Geldstrafen wurden im Landesfinanzamtsbezirk M.-L. bei den sonstigen Reichssteuern festgesetzt.

Die Gesamtsumme der festgesetzten Mehrsteuern, also der hinterzogenen Steuerbeträge beläuft sich bei den Reichssteuern im Landesfinanzamtsbezirk Mecklenburg-Lübeck auf 1 986 610 RM., bei den Landes-, Kirchen- usw. Steuern auf 362 596 RM. Diese Steuerhinterziehungen wurden mit 34 035 RM. Geldstrafe geahndet.

Im Reich wurden 149 653 007 RM. Mehrsteuern bei den Reichssteuern, 23 841 528 RM. bei den Landes-, Kirchen- und sonstigen Steuern festgesetzt. 3 100 731 RM. Geldstrafen wurden verhängt, darunter 15 470 RM. Geldstrafen bei den Landes-, Kirchen- usw. Steuern. Die höchste Summe der Steuerstrafen erzielte der Landesfinanzamtsbezirk Münster mit 470 864 RM. Die

niedrigste der Landesfinanzamtsbezirk Unterweser mit 7668 RM. Bei den Reichssteuern ist das festgesetzte Mehr am höchsten im Bezirk Berlin (22 736 283 RM.), am niedrigsten in Oldenburg mit 508 643 RM. Der Reichsminister der Finanzen stellt in der Einleitung zu der Übersicht fest, daß die Ergebniszahlen der vorliegenden sechs Jahre eine dauernd steigende Tendenz zeigen. Die Mehrbeträge an Steuern sind in den einzelnen Jahren von 1924 bis 1929 wie folgt gestiegen: 1924—1925 um 11,42 v. H., von 1925—26 um 11,39 v. H., von 1926—27 um 11,67 v. H., von 1927—28 um 16,61 v. H., von 1928—29 um 22,03 v. H. G. W.

Autounfall bei Pöppendorf

Vom Zuge geschleift und demoliert — Die gefährliche Kurve

Donnerstag um 13,32 Uhr wurde von dem Travemünder Zug bei dem Bahnübergang Pöppendorf ein Auto angefahren. Das Auto hatte den Bahnübergang bereits überquert, als der Führer plötzlich halten mußte, da ihm ein Radfahrer in den Weg kam. Als der Führer wieder anfahren wollte, fuhr sein Wagen auf bisher nicht gekannte Art rückwärts. Inzwischen hatte der Bahnwärter die Schranken heruntergelassen, da die Ankunft des Zuges gemeldet war. Das Autorolle gegen die Schranke, wodurch diese wieder hochging und kam auf dem Geleise zum Stehen. Der Bahnwärter und der Führer des Autos versuchten, das Auto vom Geleise zu schieben, was ihnen aber nicht gelang. Das Auto wurde von der Lokomotive des ankommenden Zuges erfasst, etwa 10 Meter mitgeschleift und vollständig demoliert. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Günstiges Ergebnis der Ponndorf-Implantationen

Unserer bereits vor 8 Tagen ausgesprochenen Forderung, die Resultate der durch Dr. Melhorn ausgeführten Ponndorf-Implantationen nachzuprüfen, ist das Gesundheitsamt nunmehr nachgekommen. Der stellvertretende Physikus Dr. Dieberichs hat in Begleitung eines Vertreters von Dr. Melhorn, sämtliche nach dieser Methode behandelten Kinder aufgesucht, und stellt uns nunmehr folgenden amtlichen Bericht zur Verfügung:

Nachdem die amtsärztliche Prüfung der nach dem Ponndorf-Verfahren behandelten, infolge der Calmette-Ritterung erkrankten Säuglinge durchgeführt ist, kann folgendes Ergebnis festgestellt werden:

1. Eine Schädigung durch die Behandlung nach Ponndorf ist in keinem Falle festzustellen.
2. In einer Reihe von Fällen ist seit Einsetzung der Behandlung nach Ponndorf eine deutliche Besserung festzustellen. Unter den Geheilten befinden sich auch schwerere Fälle; erwähnt werden muß indes, daß auch bei Kindern, die nach anderen Methoden behandelt wurden, in ähnlicher Weise eine Besserung von den behandelnden Ärzten gemeldet wurde.

Anschließend des arauenvollen Versagens aller anderen Mittel, wäre zu wünschen, daß das Gesundheitsamt die Anwendbarkeit dieses Verfahrens weiter prüft und über die Ergebnisse laufend berichtet.

Die Liebhaberin für Seidenes

Was die Polizei berichtet

Gestern nachmittags gegen 4 Uhr betrat eine Frau ein hiesiges Konfektionsgeschäft in der Sandtrake. Während ihres kurzen Aufenthaltes verstand sie es, 4 seidene Kleider im Werte von 400 RM. sich anzueignen. Nachdem sie sich aus dem Geschäft entfernt hatte, wurde der Diebstahl bemerkt und die Verfolgung sofort aufgenommen. Die Diebin wurde in einem hiesigen Bierlokal gefasst. Das Diebesgut hatte sie jedoch verheimlicht ihren Mitheftern übergeben, da es nicht mehr in ihrem Besitz vorgefunden wurde. Die Diebin wurde festgenommen. Wahrscheinlich hat man es mit einer gewerkschaftlichen Laden-diebin zu tun, was daraus hervorgeht, daß sie über ihre Persönlichkeit jede Angabe verweigert. Soweit bisher feststellbar werden konnte, stammt die Diebin aus Berlin. Den Bemühungen der Kriminalpolizei wird es bald gelingen, Licht in die Sache zu bringen.

Seit einigen Tagen kreibt hier ein Bodenkammerdieb sein Unwesen. Dieser gibt sich als Nähmaschinenmechaniker aus und erkundigt sich bei den Hausbewohnern, ob Nähmaschinen zu reparieren sind. In Häusern, wo er fällt, daß niemand anwesend ist, führt er die Bodenkammerdiebstähle aus. Der Täter wird wie folgt beschrieben: etwa 45—48 Jahre alt, 1,7 Meter groß, schlankes Gestalt. Er trägt graubraunen Kadettenanzug und weichen Hut. Zeitweise führt er eine Aktentasche bei sich.

Die GEG in Lübeck

Aus den Beschlüssen der Generalversammlung

Die am Donnerstag im Anschluß an den Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine abgeschlossene 36. ordentliche Generalversammlung der Großenkaufsgesellschaft genehmigte die Jahresrechnung und setzte die Verzinsung auf das eingezahlte Stammkapital auf 5 Prozent fest. Der Ueberschuß beträgt insgesamt 4,946 Millionen Mark. Davon gehen 741 000 Mark für Verzinsung ab, so daß ein Saldo von 4,205 Millionen Mark verbleibt. Von diesem Betrag werden 2 Millionen für den Reservefond, 1 Million für den Produktionsfond, 500 000 für den Bankreservefond, 250 000 Mark für den Pensions- und Unterstützungsfond und 456 000 Mark für den Dispositionsfond verwandt. Für die am 30. Juni in den Ruhestand tretenden Geschäftsführer Heinrich Lorenz und Emil Berger wurden die bisherigen stellvertretenden Geschäftsführer Friedrich Albert, Josef Bodden und Gustav Borkner als Geschäftsführer bestellt. Die Zahl der Geschäftsführer, die bisher 5 betrug, erhöht sich dadurch und durch die Zuwahl von Andreas Mirus, bisher Berlin, auf 7. In den Aufsichtsrat wurden Bästlein, Hamburg, Bauer, München, Hoffmann, Breslau, Gruschke, Nürnberg, Heuel, Eßlingen, Hartung, Königsberg, Lippmann, Dessau, Widmayer, Cüttgart, Rask, Hamburg, Kohn, Dortmund und Paul Lange, Berlin gewählt.

Gefährdung der Arzneiverforgung der Versicherten

Der Verein der Apotheker Lübecks ersucht und um Wiedergabe folgender Notiz: Der Deutsche Apothekerverein, die Organisation der deutschen Apothekenvorstände, teilt zur Reform der Krankenversicherung mit:

Das Reichskabinett hat nach Zeitungsmeldungen einen Gesetzentwurf zur Reform der Krankenversicherung beschlossen, der eine Beteiligung der Versicherten an den Arzneikosten in der Weise vorsieht, daß der Versicherte bei Bezug von Arznei aus der Apotheke beim Apotheker 50 Pfg. zahlen soll.

Eine solche Maßnahme, durch die der Versicherte gezwungen ist, bei einem Durchschnittsbetrag einer Arzneiverordnung von etwa 90 Pfennig über die Hälfte aus eigener Tasche zu bezahlen, bedeutet eine Gefährdung der Arzneiverforgung der Versicherten und wird dazu führen, daß zahlreiche, schon jetzt notleidende Apotheken wirtschaftlich zusammenbrechen.

Der Versicherte wird vielfach nicht in der Lage sein, auch den vielfach gering erscheinenden Betrag von 50 Pfg. zu zahlen. Er wird auf die notwendige Arznei verzichten müssen und dadurch Schaden an seiner Gesundheit erleiden.

Die Erfahrungen mit der im Jahre 1923 durch Notverordnung eingeführten 10prozentigen Arzneikostenbeteiligung der Ver-

Kinderrepublik „Lübecker Bucht“

Alle Genossinnen und Genossen, die sich für den Küchendienst gemeldet haben, kommen am **Sonntag, 21. Juni, 19 Uhr** ins „Haus der Jugend“, Zimmer der Kinderfreunde

Rund um den Erdball

Braunschweig-Rom in 7 Stunden!

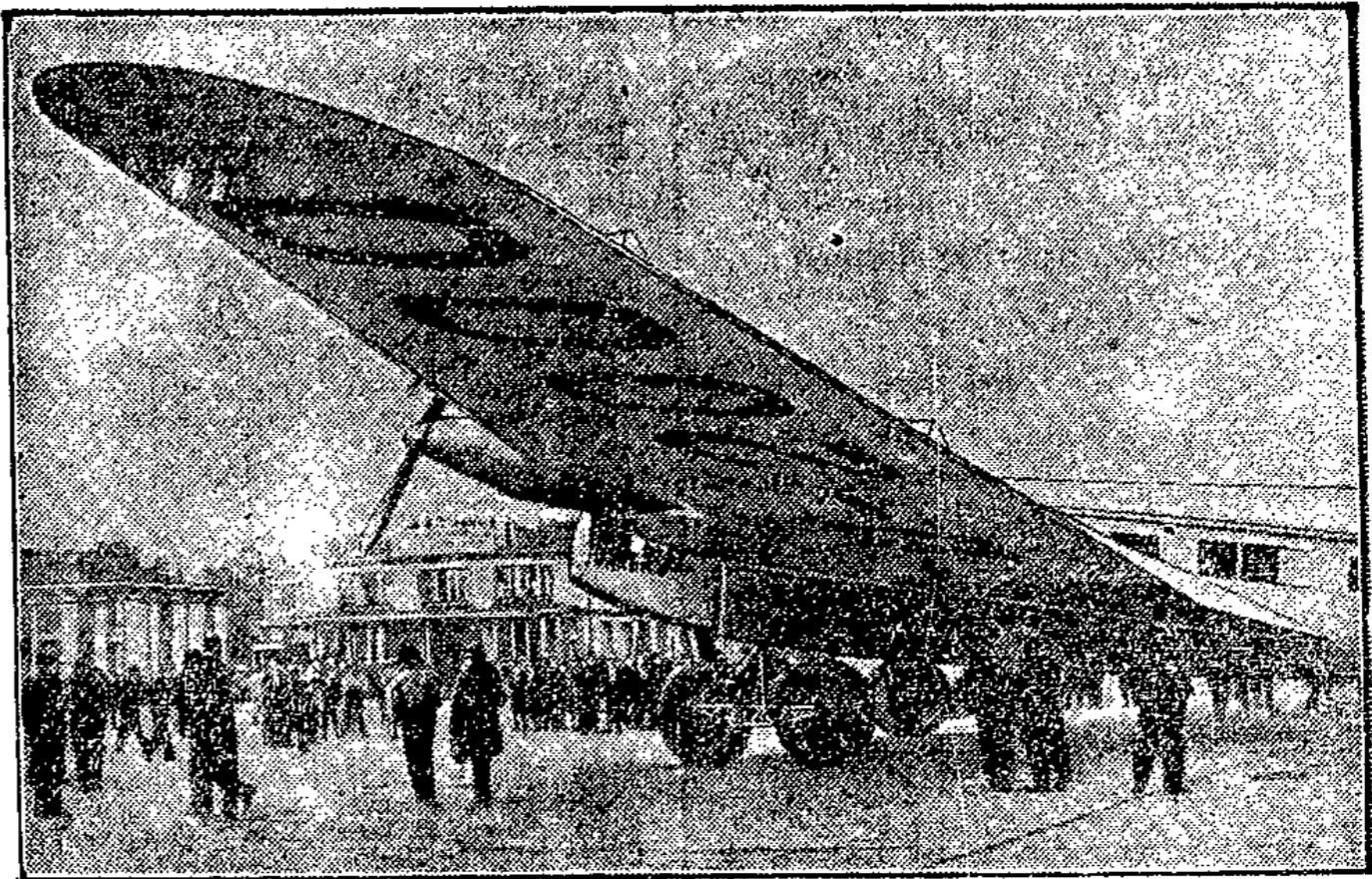
Ein Flugzeug der Deutschen Verkehrsfliegerhochschule aus Braunschweig, das mit dem Ausbildungsleiter Keller, dem Flugkapitän Steindorff und einem Monteur besetzt war, flog in 7 Stunden 15 Minuten von Braunschweig nach Rom. Zweck des Fluges war Erforschung der meteorologischen Verhältnisse über den Alpen und die Prüfung verschiedener neuer Meßinstrumente. Das Flugzeug startete nach zweieinhalbstündigem Aufenthalt in Rom zum Rückflug.

Vier Badeopfer der Elbe

Bei Hohnstorf ist ein 28jähriger Landwirtschaftsgehilfe beim Baden in der Elbe ertrunken. Das gleiche Schicksal ereilte eine 27jährige Hausangestellte aus Hamburg, die in der Nähe von Hohnstorf badete. Sie geriet in eine Untiefe und ertrank, da sie des Schwimmens unfähig war. Bei der Lenzenener Elbfähre geriet ein junger Mann beim Baden in einen Strudel und ertrank. Auch bei Sandkrug ist ein achtzehnjähriger Malergehilfe beim Baden in der Elbe ertrunken.

Ein Klub der Zoterklärten

Ein recht eigenartiger Klub ist kürzlich in den Vereinigten Staaten gegründet worden, der Klub der Zoterklärten. Mitglieder sind diejenigen Soldaten des Weltkrieges, die lange Zeit nicht heimkehrten und schließlich für tot erklärt wurden. Ihre Zahl scheint auch in Amerika sehr groß zu sein. Der Klub verfolgt hauptsächlich wirtschaftliche Ziele. Er will für seine Mitglieder alle Prozesse gegen die Versicherungsgesellschaften führen, welche nach der Heimkehr des angeblich Verstorbenen die gezahlten Versicherungssummen von den „Interdiblenen“, die nun keine mehr sind, zurückverlangt haben.



Das deutsche Riesenflugzeug zu Besuch in Paris

Das 2400pferdige Junkers-Flugzeug „D. 2000“, das größte Landflugzeug der Welt, im Pariser Flughafen Le Bourget, wohin es anlässlich der in Paris tagenden Internationalen Luftfahrt-Konferenz auf Einladung des französischen Luftfahrtministeriums geflogen ist.



Weltkonferenz spricht über 11000 Kilometer

Bei dem zu Ehren der Weltkraftkonferenz am 18. Juni veranstalteten Fest tauschten der Ehreneröffnende der Konferenz, Exzellenz von Miller (links), und der Vorsitzende des deutschen Komitees der Konferenz, Generaldirektor Köttgen (rechts), drahtlos mit der in San Francisco tagenden amerikanischen National Electric Light Association Begrüßungsreden aus.

Die verlotte Porzellanfabrik

Aus Berlin wird gemeldet: Die Hitze erzeugt merkwürdige Reklamebeben. Ein Berliner Lokal kündigt ein Sommerfest an mit folgendem Schlagwort:

„Den Mittelpunkt des Festes dürfte die Verlosung eines der Broadway-Girls bedeuten, das, um Mißverständnissen vorzubeugen, nicht mit Haut und Haaren verlost wird, sondern dem glücklichen Gewinner nur einen Gewinn in Gestalt eines Frei-Soupers für zwei Personen und einer anschließenden Fahrt im Privatauto bringt.“

Wir sind gewiß nicht prüde, aber eine solche aufgelegte Gelegenheitsmacherei — „Porzellanfabrik“ nennt es der Volksmund — finden wir für ein Vergnügungsunternehmen selbst einer Weltstadt reichlich vorurteilsfrei.



Eine Reichswehr-Spionin?

Die Frau des Obermusikmeisters Adam von 6. Artillerie-Regiment in Minden, die nach einer Reise durch das besetzte Gebiet zusammen mit ihrem Mann unter dem Verdacht, für den französischen Spionagedienst gearbeitet zu haben, verhaftet wurde. Frau Adam hat ihre ganze Jugend in Mex verlebt.

Weltmeister Schmeling

Neuer Kampf

New York, 20. Juni (Radio)

Die oberste amerikanische Sportkommission bestätigte Donnerstag den deutschen Boxer Schmeling trotz heftiger Opposition eines Teiles der Kommissionsmitglieder zum Weltmeister im Schwergewicht. Die Kommission beschloß gleichzeitig, Schmeling und Charfan angesichts des unbefriedigenden Ausgangs ihres Kampfes einen neuen Kampf noch vor Ende des Sommers in Vorschlag zu bringen. Charfan erklärte sich bereit, diesen Kampf zu führen, während Schmeling sich die Entscheidung vorbehielt.

35 Tote im Donezgebiet

Auf der Mariagrube bei Lugansk im Donkohlenrevier ereignete sich eine schwere Schlagwetterkatastrophe. Nach langer Bemühungen der Rettungsmannschaften wurden 3 Tote geborgen. Ferner wurden 29 Verwundete, darunter 9 Schwerverletzte, zutage gebracht. Beamte, die für Ventilation verantwortlich gemacht wurden, wurden verhaftet.

Ein Journalist bekam ein Denkmäl

Vor der Polizeipräfektur auf der Seine-Insel steht das Denkmäl eines Mannes in der Tracht Richelieus. Es ist der Doktor Theophraste Renaudot, der erste und einzige Journalist auf Gottes Erdboden, dem die Nachwelt eine Statue errichtete. Vor etwa dreihundert Jahren gab Renaudot in Paris die erste französische Zeitung, die „Gazette“, heraus. Sie enthielt Nachrichten und Anzeigen, aber auch Feuilleton. In unterhalten-dem Tone beschrieb Renaudot die Belagerung einer Stadt in Persien, die der Schah mit einem Heer von 50 000 Fußsoldaten und 15 000 Reitern umzingelt hatte. Außerdem legte Renaudot die Richtlinien, die ihm bei der Herausgabe der „Gazette“ zum Grundgesetz dienen sollten, dem Publikum dar. „Ich beabsichtige“, schrieb er, „daß die „Gazette“ keine andere Leidenschaft haben soll, als die Leidenschaft der Wahrheit“. Seinen zahlreichen Feinden erklärte er bei anderer Gelegenheit: „Denen, die sich darüber beschwerten, daß ich bisweilen von den Großen im Lande nicht mit der nötigen Lobpreisung spräche, sei erwidert, daß das größte Lob immer die reinste Wahrheit gewesen ist.“ Theophraste Renaudot war ursprünglich Arzt. Er praktizierte zehn Jahre lang und wandte sich dann plötzlich — man weiß nicht warum — dem Zeitungswesen zu. Er starb, wie fast alle Journalisten, obwohl er mächtige Gönner wie Ludwig XIII. und Richelieu besaß, in ziemlicher Armut.



Henri Barbusse von Moskau gemahregelt

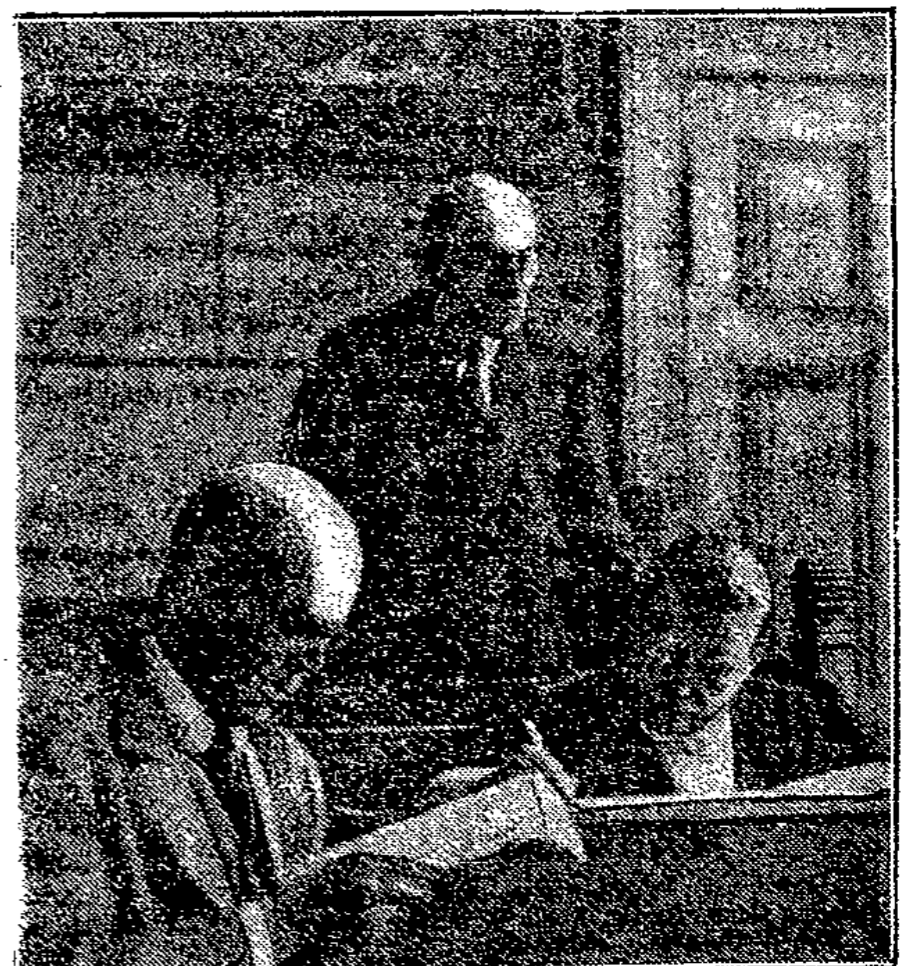
Der bekannte französische Schriftsteller Henri Barbusse, der eine seiner kommunistischen Uebersetzungsang entsprechende Zeitschrift herausgibt, ist vom Internationalen Bureau für revolutionäre Literatur in Moskau darauf hingewiesen worden, daß seine Zeitschrift in letzter Zeit nicht genügend proletarisch eingestellt sei. Er solle dies ändern oder die Folgen tragen.

Vierzig Anwesen verbrannt

Ein Großfeuer wüthete in der Gemeinde Optau in Mähren 40 Anwesen mit etwa hundert Gebäuden ein. Pfarrhaus, Post und Schule brannten bis auf die Grundmauern nieder. Ein Bauer kam in den Flammen um.

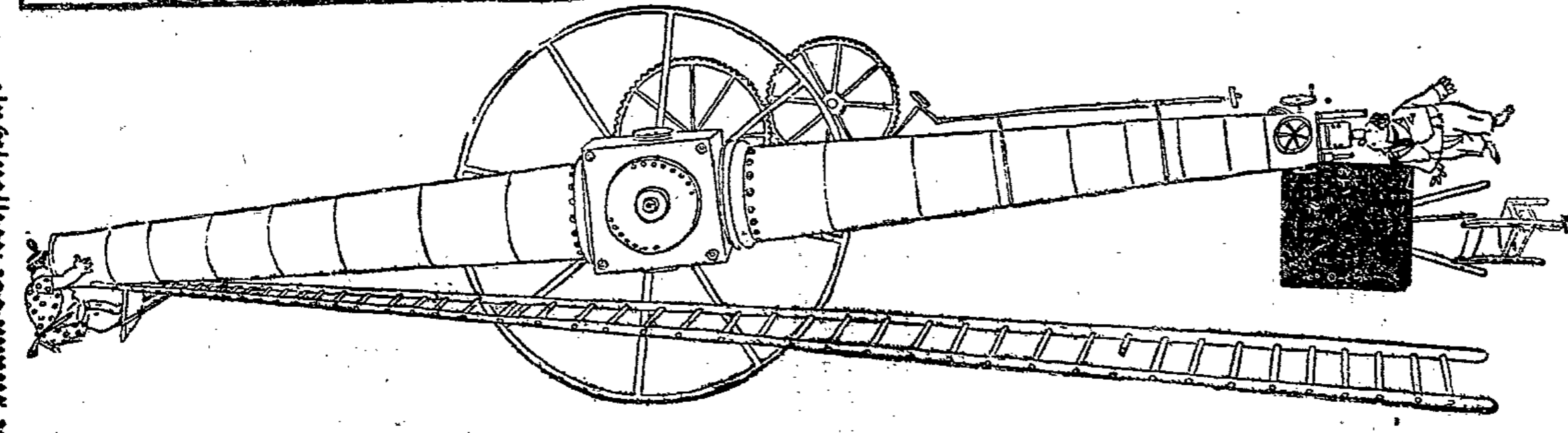
Neun Häuser eingestürzt

Durch den plötzlichen Zusammenbruch einer Abraumhalde der Vereinigten Kohlengruben von Gilly bei Charleroi (Frankreich) stürzten neun Häuser ein; die Bewohner konnten sich rechtzeitig retten.



Vom Gattenmordprozeß gegen den Zahnarzt Dr. Guttman

aus Schwedt a. d. Oder, der unter der Anklage, seine zweite Frau zum Zwecke des Versicherungsbeitrages ermordet zu haben, vor dem Prenzlauser Schwurgericht steht. Die Aufnahme zeigt den Angeklagten (stehend) mit seinem Verteidiger, dem Berliner Rechtsanwalt Dr. Frey (rechts) und einem der medizinischen Sachverständigen.



Der Astronom sucht im Auge seiner Frau ein Staubkörnchen.

Erklärung.
Herr Fried hat den Etat der Volkshochschule um 10 erheblich gekürzt, daß sich die Leute dort nur ein paarmal in der Woche walden können. —
Da, ja! Wozu brauchen die Leute auch Seife, wird Herr Fried denken, sollen sie sich doch die Thüringer Koalition ansehen: da wo die Hand die Hand die Hande! (Die Hände werden ja nun allerdings nicht laubert davon...)

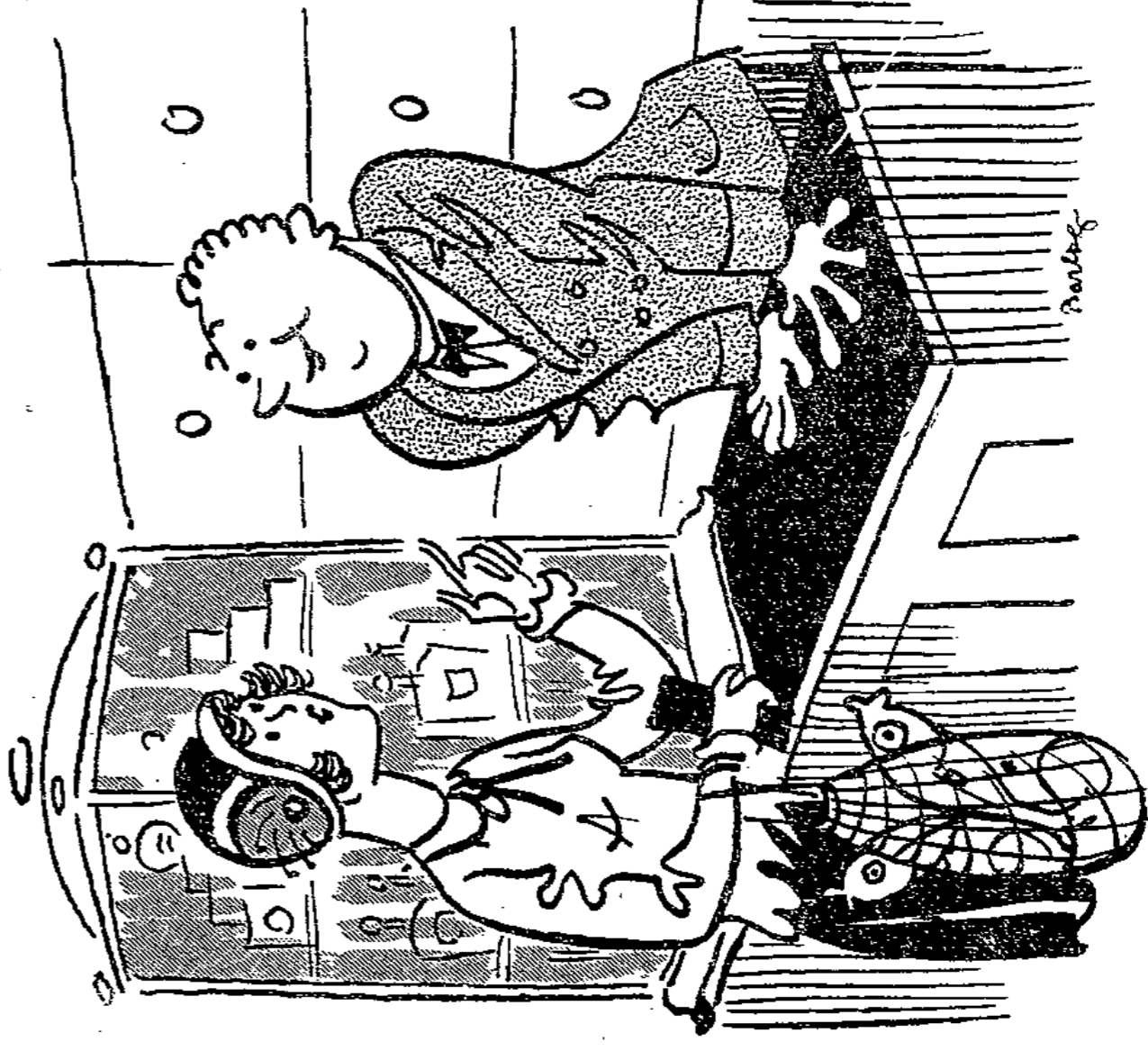


„Was meinen Sie, Herr Graf, sollen
Männer heiraten oder nicht?“
„Müssen sogar! Wie sollten sie sich
dann sonst immer scheiden lassen
können!“

Sie glaubt es nicht.
„Kann ich Frau Neumann sprechen?“
Fragte der Graf das Mädchen.
„Mein Frau Neumann ist mit ihren
Schwestern zum Musikverkauf gefahren —
aber ich glaube nicht, daß sie sie los wird.“

Nachverdienen

Zeichnung von Baricop.



„Ein Püschchen Goldbronzee.“ „Für Webbet oder für Metall?“ „Nein, für
meine Goldfische, die haben alle so schwarze Flecke an den Seiten.“



„Mein Gott, Fridolin, komm schnell
zurück! Es regnet und du hast ganz
vergessen deinen Schirm zu Hause
nehmen zu lassen!“

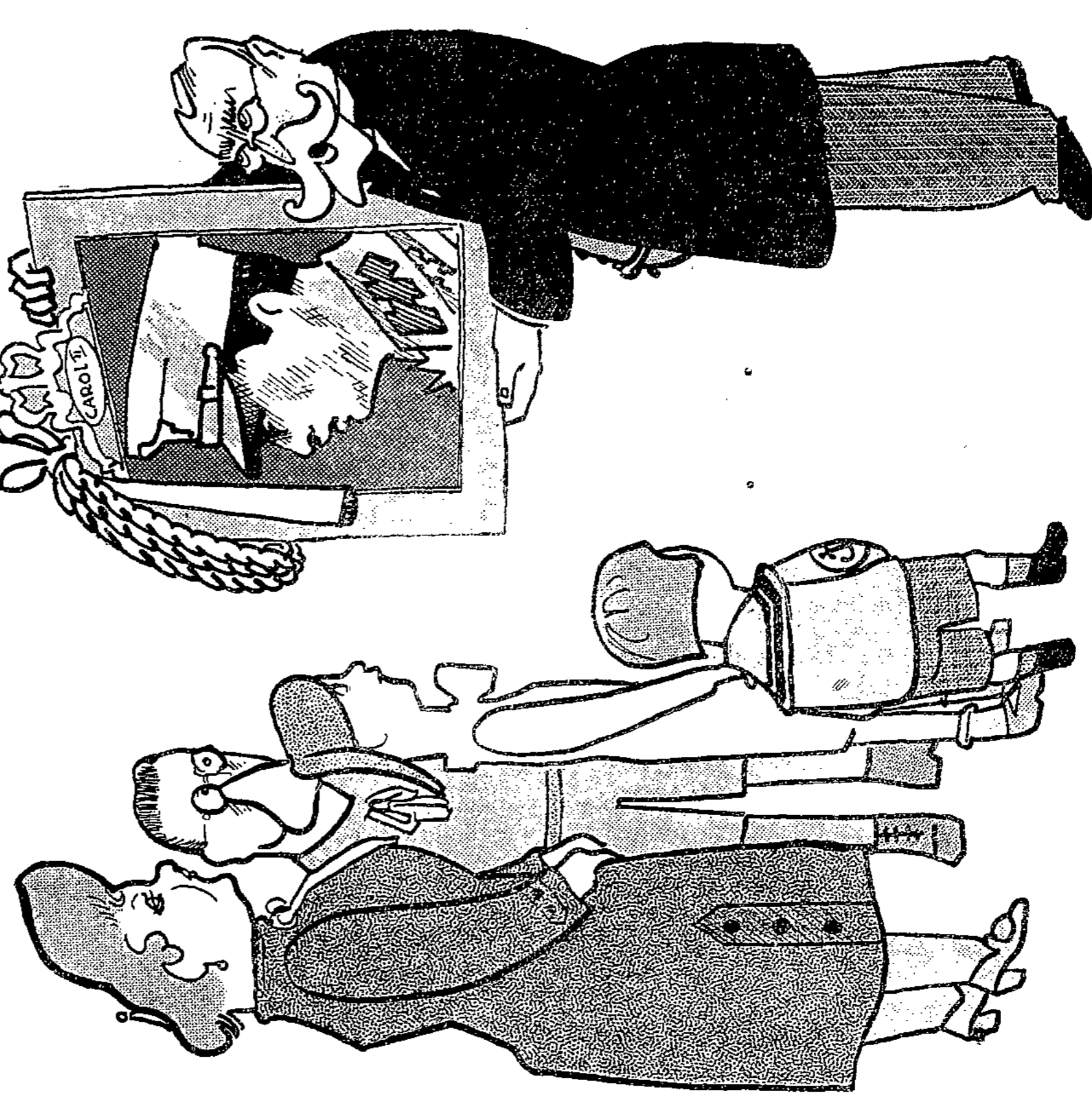
Der SPAR

humoristisch-satirische Beilage

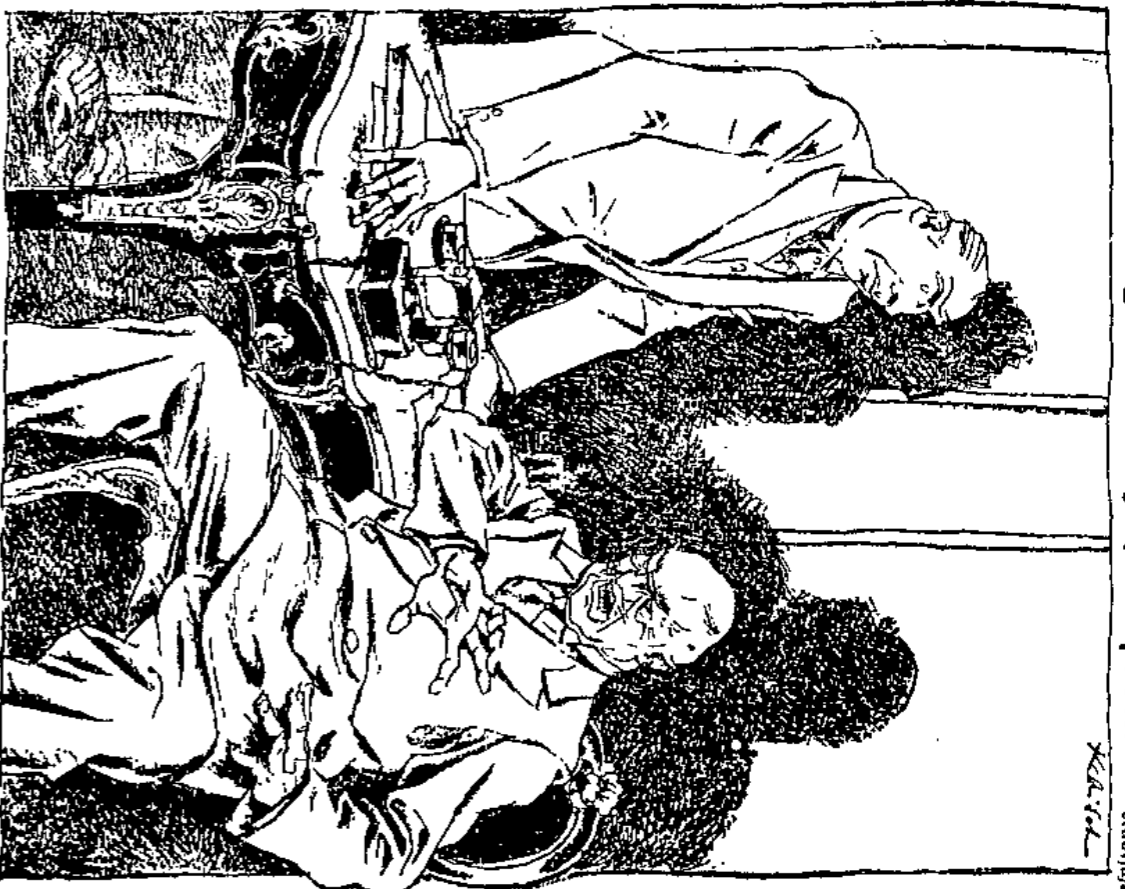
Schwer, ein Sparenkoller!

(Stimmlich kommt die rumänische Königsfamilie
aus dem Gefolge der Hohenzollern.)

Zeichnung von Walter Schulz.



„So laßt uns denn dieses als einen Lichtblick in schwerer Zeit an unsere Wand hängen, daß uns das
strahlend fürstenaug hinstreift auf unsern eignen betwähten Thron.“

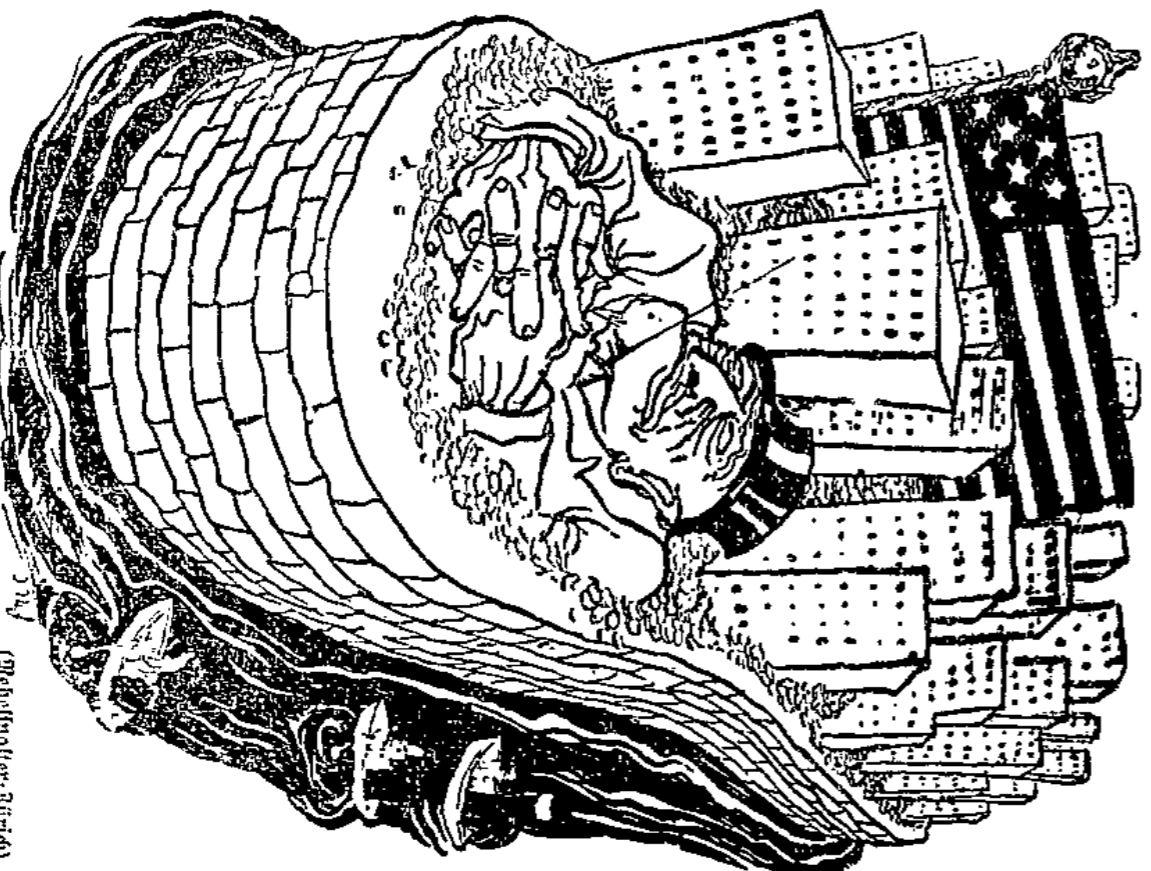


„Stilo, Meier, Sie sehen ab morgen die Bühne und die Gehälter um 10% herunter!“, „Nad die Preises sin wie viel soll ich die heruntersetzen?“ „Sin keinen roten Pfennig! Mit wolden doch m e h r verdienen!“

Der Geist.

„Inhere Uniform könnt ihr uns verbieten!“, fauchte ein Nazi einen Republikaner an, „aber unteer Geist löst ihr nicht!“ „Ganz im Gegenteil, Sinder — den wollen wir ja schon seit Wochen bei euch ins Leben rufen!“ berichtigte der andere.

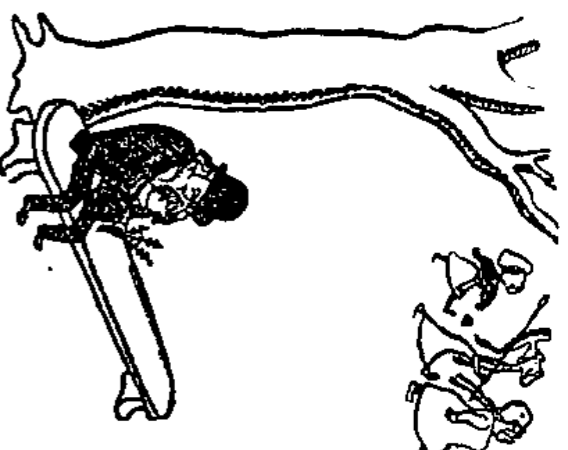
Sollantis



„Ein feste Burg ist unser — — — — — Geld — — — — —“

(Grafspolzer-Strauß)

Brands Vereingigte Staaten von Europa



„Besterer Herr, von gut erhaltenen Kleidern mit eleganten Figuren und geschickter Position, such Dame mit blond und brünett getretem Haar und schwarz gezoenen Augenbrauen kennenzulernen, jweds panenobstlicher Setar.“ (Edo de Paris-Strasch)

Der Welt Stätter.

Den Meistertitel um die Lenden, Den er verlierend noch gewann, Den Dollarlegen in den Händen, So fleht er bei, der fährste Mann!

„Gut portiert die Metelmetrummel Ganz Geil des großen Bogersotts, Und flüßwagnüch in diesem Raumel Schüt unter Wamager die Dobs.“

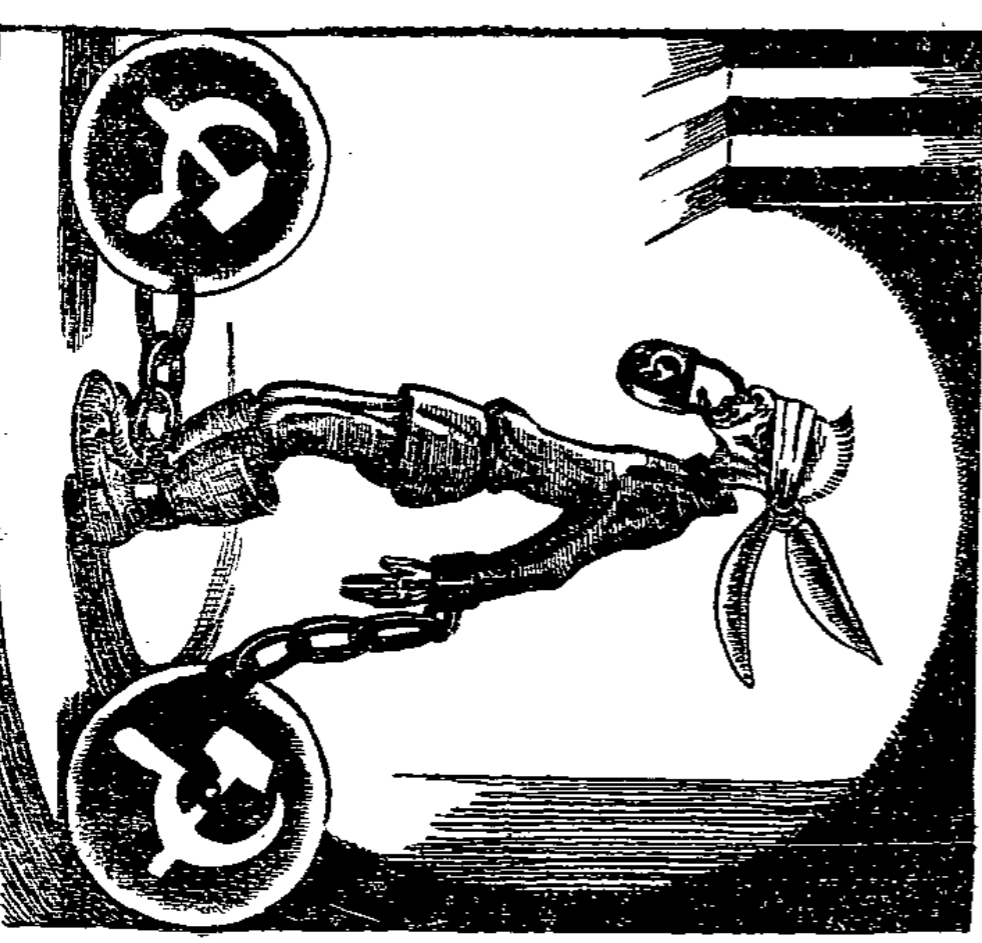
Das Radio sumt, Reporter eilen Rund um den fährsten Mann der Welt, Die Zeitung bringt ihm fette Zeilen, (Schn, ten ein Eiertrer amar gefällig).

„Seit Mar, wir wunden Dir Grikanden, Du echter Germanenjohn! Nach bei Dir manden Teilschlag sanben Für eine lumpige Million! Gretan.“

Vornehmes Potsdam.

Ein Grovningler welle in Gersin, „Schliche auch Potsdam, (Sind hort mit seinem Freund durch die Straßen, „Eigentlich eine vornehme aristokratische Stadt“, sagte er zu seinem Freund, „Aber man so durch die Straßen geh, glaubt man gar nicht, daß es inhere Gottschaffen gibt.“ „Stimmt“, nickte der Freund, — „man magst du erst mal die Ringelgagen vor Gericht sehen!“

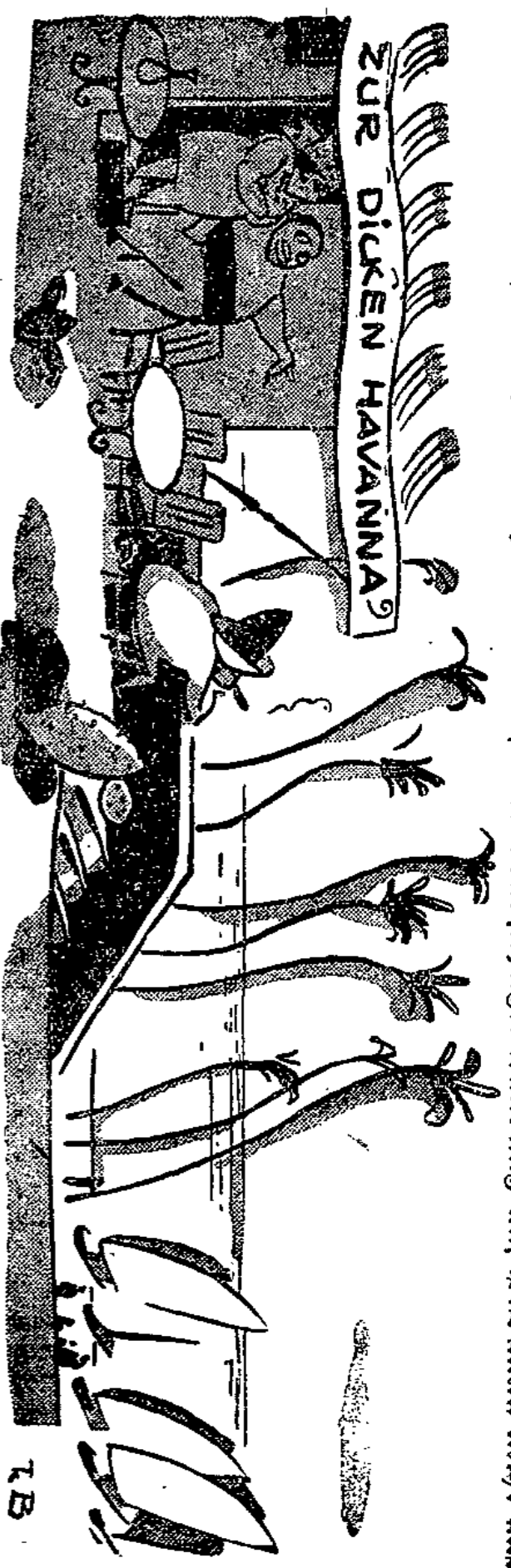
Der vollkommene Kommunist



„O Herr, nimm meinem armen Kopf den Meitland mit meinem Körper die Beweglichkeit, damit ich nicht fallen kann von der Plattform, so mir der große Stalin vorordnet.“

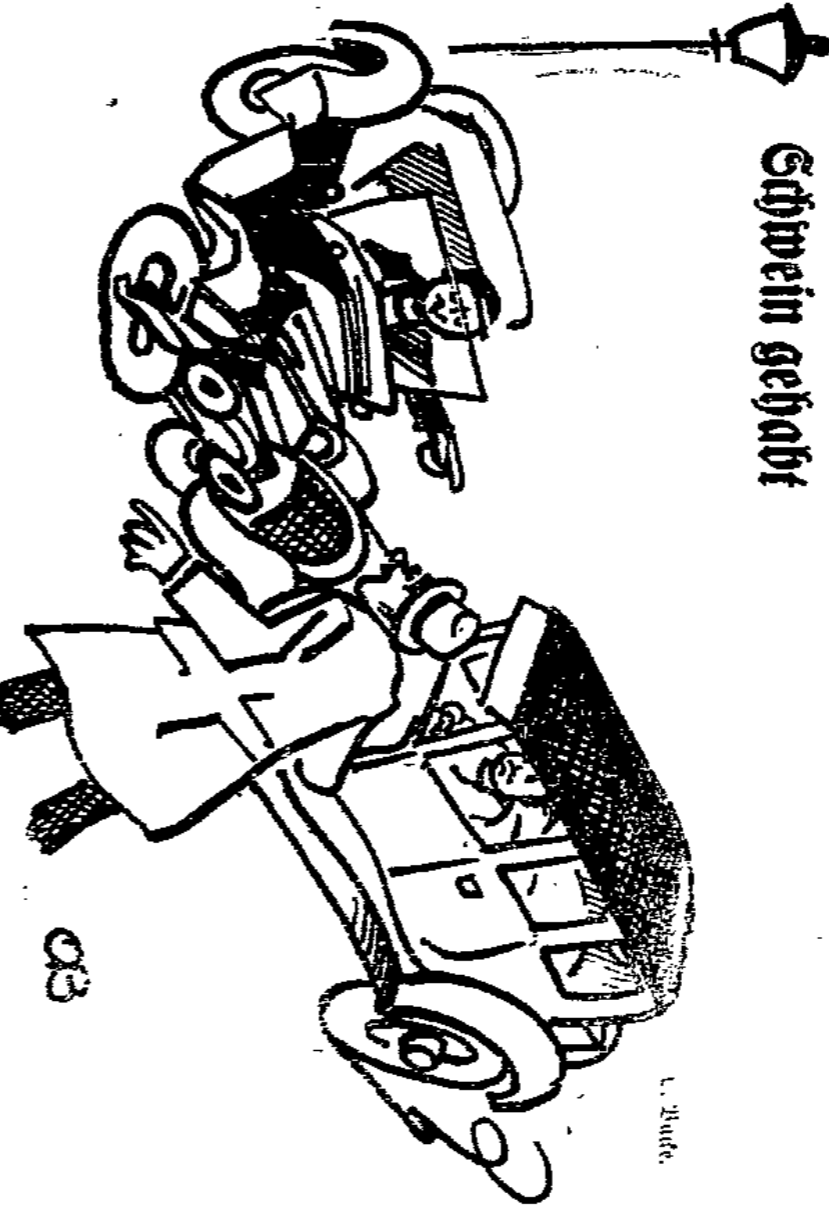
(Hahn)

Der Zeppelein führte bei seiner letzten Weltreise die beschäftigte Landung auf Savanna nicht aus



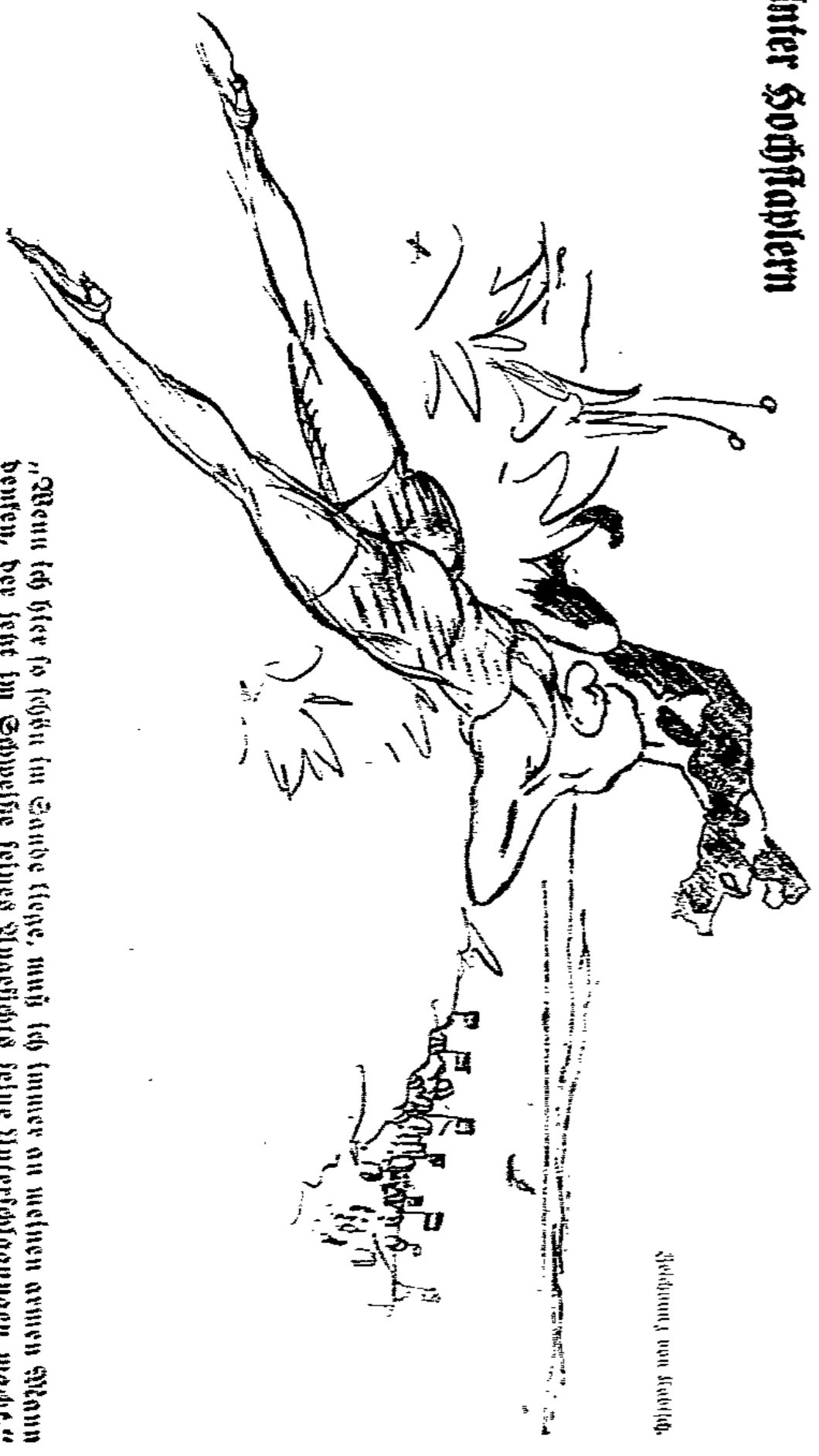
„Größe dich, teure Zuharissa, solche Siggare kannst du hierzulande jeden Tag sehen!“

Schwein gehabt



„Mensch, Meier, da fährt die ein anderer betten Abgagen in Klump, und du gehst?“ „Ja, der Abagere ist nämlich der Versicherungsbetretter, der meine alle Wisse gelieren mit jochtaufend Goldmark versichert hat!“

Unter Gottfaplern



„Wenn ich hier so liegen im Grunde klage, muß ich immer an welchen armen Mann denken, der jetzt im Schwelpe seines Zingehschs seine Zinrepschlagungen macht.“

(Schöndorn von Kautsch)